



Zweiter Nationaler IT-Gipfel 2007- Hannoversche Erklärung

Zweiter Nationaler IT Gipfel

Hannover, 10. Dezember 2007

Politik, Wirtschaft und Wissenschaft haben mit dem ersten IT-Gipfel 2006 in Potsdam einen Prozess eingeleitet, der den Standort Deutschland im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) an die Weltspitze führen soll. „IKT made in Germany“ soll zum Markenzeichen werden. Diese Marke steht für hochinnovative, weltweit wettbewerbsfähige, sichere und effiziente sowie umweltfreundliche und nachhaltige Produkte und Anwendungen.

Den Impuls von Potsdam wollen wir verstärken, damit die IKT-Wirtschaft weiterhin die Funktion des Innovations- und Wachstumsmotors als Multiplikator für die gesamte Wirtschaft übernehmen kann und Deutschland ein attraktiver Investitionsstandort bleibt. Die IKT-Wirtschaft ist schon heute der Wirtschaftssektor mit der größten Wertschöpfung in Deutschland. Sie sichert und schafft hochwertige Arbeitsplätze auch und gerade in anderen Branchen.

Um den IKT-Standort Deutschland strategisch im internationalen Wettbewerb zu platzieren, werden wir vorhandene Stärken nutzen und Schwächen beheben. Wir wollen das Know-how aus der engen europäischen Zusammenarbeit nutzen und das internationale Ansehen des Standortes Deutschland stärken. Wir setzen in unserer Arbeit deswegen folgende Schwerpunkte: die Konzentration auf neue Wachstumsfelder insbesondere im Bereich innovativer Dienstleistungen, die nachhaltige Modernisierung der Verwaltung, eine innovative Ausbildungs- und Fachkräftepolitik sowie die Stärkung der Sicherheit und des Vertrauens in IKT.

AUF WACHSTUMSFELDER KONZENTRIEREN

Telekommunikations (TK) - und IT-Technologien werden sich in den nächsten Jahren rasant weiterentwickeln. Die Konvergenz von Technologien und Anwendungen wird neue Märkte schaffen. Um von dieser Dynamik profitieren zu können, müssen wir hochmoderne, wettbewerbsfähige IKT-Infrastrukturen pflegen und ausbauen – sie sind die Basis der Wissensgesellschaft. Die *Schließung der Breitbandlücken* in Deutschland und der *Aufbau hochmoderner Netze und Dienste*, zum Beispiel IPTV für Privathaushalte oder neue internetbasierte Medienanwendungen für Schulen und den Mittelstand, sind Herausforderungen, denen wir uns mit einer Reihe von neuen konkreten Projekten stellen. Dazu gehören Informations- und Beratungsangebote und Fördermittel für die Breitbandversorgung ländlicher Räume sowie die Entwicklung eines Clusters für IP-Dienste mit Testmarkt ab 2008.

Gelingen kann das nur, wenn die Rahmenbedingungen für Investitionen, Innovationen und Wettbewerb stimmen und die Dynamik der internationalen TK- und Medienmärkte berücksichtigt wird. Politik und Wirtschaft engagieren sich deswegen gemeinsam bei der anstehenden Überprüfung der europäischen TK-Rahmenrichtlinien.

Auf der Basis dieser Infrastruktur werden neue Zukunftsmärkte erschlossen. Die auf dem ersten IT-Gipfel beschlossenen sowie weitere im Rahmen der Hightech-Strategie der Bundesregierung initiierte Leuchtturmprojekte unterstützen diese Pioniertätigkeit:

- In dem gemeinsam von Bund und Wirtschaft getragenen Projekt "Theseus", das erfolgreich bei der EU notifiziert worden ist, werden neue Internet-Technologien und IKT-basierte Dienstleistungen für das *Internet der Dienste* entwickelt, die den Sprung „vom Suchen zum Finden“ im Internet ermöglichen. Zusätzlich wurde ein neuer Wettbewerb für Nachwuchstalente aufgelegt; ein weiterer Wettbewerb zur breiten Einbindung des Mittelstandes ist geplant.
- Mit der Förderung von RFID als Kerntechnologie für das *Internet der Dinge* soll die Vernetzung von „intelligenten“ Objekten erreicht werden. Das Projekt „Next Generation Media“ verfolgt RFID-Anwendungen u.a. zur Plagiatsbekämpfung und Optimierung von Zulieferketten. Dies wurde unter anderem durch eine hochrangige Regierungskonferenz über die technologischen und rechtlichen Rahmenbedingungen für RFID während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und die Einrichtung einer Dialogplattform untermauert.
- Als eine der ersten Anwendungen des Internets der Dinge wird das „*Digitale Produktgedächtnis*“ von Wissenschaft und Wirtschaft aufgegriffen. Die nächste Generation der RFID-basierten Systeme wird alle relevanten Produkt- und Betriebsdaten erfassen und mit seiner Umgebung austauschen können. Dies eröffnet den Weg zu einer Ressourcen schonenden Logistik.

- Die führenden europäischen Ausrüster für Kommunikationstechnik haben sich mit der Forschungspolitik auf eine gemeinsame Innovationsallianz verständigt. Mit dem Projekt „*Transportdienste für das neue Internet – 100 GET*“ wird ein netzübergreifender Standard von europäischen Unternehmen gestaltet. Auch die Mobilfunkausrüster in Deutschland und die beiden führenden Netzbetreiber haben sich mit Forschungseinrichtungen in einer Initiative zusammengeschlossen, um den *zukünftigen Mobilfunkstandard ab 2011* vorzubereiten.
- Das Projekt *E-Energy* wurde durch einen Technologiewettbewerb beschleunigt umgesetzt, bei dem Modellregionen mit den besten Konzepten für eine integrierte, die Produktion und Nachfrage besser abgleichende Elektrizitätsversorgung gefördert werden sollen. Dies ist ein wirkungsvoller Beitrag zu mehr Energieeffizienz und Umweltverträglichkeit.
- Deutschland ist in vielen Umwelttechnologien weltweit führend – dieses Momentum wollen wir auch in der IKT-Branche nutzen und neue Ansätze für den *nachhaltigen Schutz der Umwelt* entwickeln. Neue IT-basierte Dienste können durch die Öffnung der Toll Collect-Infrastruktur, zum Beispiel für die Steuerung von Logistikdienstleistungen zur Vermeidung von Leerfahrten und damit zur Reduzierung von CO₂-Emissionen, entstehen. Beginnend mit der CeBIT 2008 wollen wir dazu einen internationalen Dialog von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft starten.
- Die erfolgreiche Etablierung der *Telematik-Plattform* macht den flächendeckenden Einsatz von *IKT im Gesundheitswesen* erstmalig möglich. Die Telematik-Infrastruktur bietet allen Beteiligten mehr Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Versorgung. Sie ist die Plattform für neue eHealth-Anwendungen. Es gilt jetzt, die Potentiale durch partnerschaftliche Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft und Verwaltung zu erschließen.

Kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) werden in diesen Zukunftsfeldern eine zentrale Rolle spielen. Durch die verstärkte Kooperation und Vernetzung von kleinen IKT-Unternehmen entstehen innovative Lösungen. Die Bundesregierung unterstützt diesen Prozess im Rahmen der Hightech-Strategie mit KMU-spezifischen Maßnahmen. Das Programm „KMU-innovativ“ erleichtert den Zugang zur Forschungsförderung spürbar.

Um den *IKT-Forschungsstandort Deutschland* insgesamt zu stärken, wird sich die Bundesregierung im Rahmen der Einrichtung des European Institute of Technology darum bemühen, ein „*Wissens- und Innovationscluster*“ mit Schwerpunkt auf IKT in Deutschland einzurichten. Aufbauend auf der Hightech-Strategie der Bundesregierung setzen wir damit gezielt auf den weiteren Ausbau unserer Stärken.

DIE MÖGLICHKEITEN VON IKT IM ÖFFENTLICHEN SEKTOR NUTZEN

Der Staat ist als Förderer technischer Innovationen und als moderner Dienstleister für Bürger und Unternehmen entscheidend für den Erfolg des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Er selbst kann durch die Nutzung der IKT seine Handlungsfähigkeit auch künftig bewahren und seine Effizienz steigern. Wir haben ein klares Ziel: *Deutschland soll hinsichtlich IKT-gestützter Verwaltung und Justiz bis 2010 unter die TOP 3 in Europa kommen.*

Dieses Ziel wird Deutschland nur erreichen können, wenn die notwendige Integration der IKT-Systeme gelingt. Basis hierfür ist eine sichere elektronische Erreichbarkeit aller öffentlichen Stellen über eine gemeinsam organisierte *Netzinfrastuktur* in Bund, Ländern und Kommunen. Ihr Aufbau erfordert eine ebenenübergreifende Steuerung der IKT mit eindeutigen Entscheidungsverfahren und Verantwortungsbereichen.

Die Bundesregierung wird daher für ihren Zuständigkeitsbereich die Steuerung der Informationstechnik neu aufstellen. Das Bundeskabinett hat das *Konzept zur Verbesserung der IT-Steuerung in der Bundesverwaltung* beschlossen. Es sieht die Einrichtung eines *Beauftragten der Bundesregierung für Informationstechnik (BfIT)* vor. Der Beauftragte ist damit der Ansprechpartner für die Länder, die EU, internationale Partner, Unternehmen und die politischen Entscheidungsträger. Er ist nicht nur der Vorsitzende des Rates der IT-Beauftragten aller Ressorts, sondern leitet auch ein neues politisches Gremium, die IT-Steuerungsgruppe des Bundes. Der Beauftragte der Bundesregierung für Informationstechnik ist zukünftig bei allen Gesetzgebungsvorhaben der Bundesverwaltung zu beteiligen, die wesentliche IT-Fragen der Bundesverwaltung betreffen. Er wird Treiber einer Konsolidierung und Professionalisierung der IKT der Bundesverwaltung sein. Dazu gehört eine konsistente und transparente IKT-Architektur für die Bundesverwaltung sowie eine kontinuierliche Erfolgskontrolle der IKT-Vorhaben des Bundes. Der Beauftragte der Bundesregierung für Informationstechnik wird eine effektive Organisation erhalten, die die Umsetzung der im IT-Gipfelprozess für die öffentliche Verwaltung gesetzten Ziele vorantreiben soll.

Der IT-Gipfel fordert Bund, Länder und Kommunen auf, die sich bietende Chance der *Föderalismusreform II* konsequent zu nutzen, um die IT-Steuerung auch im Bund-Länder-Kommunen-Verhältnis zu verbessern und die Grundlage für eine übergreifende IKT-Strategie der deutschen Verwaltung zu legen. Die aktuelle politische Diskussion über die IKT-Infrastrukturen in der öffentlichen Verwaltung ist auf höchster politischer Ebene fortzuführen. Die Teilnehmer des IT-Gipfels appellieren an den Bund und die Länder, bei der IKT der öffentlichen Verwaltung enger zusammenzuarbeiten sowie ihre Abstimmungs- und Entscheidungsprozesse so zu gestalten, dass der zügige Aufbau einer bundesweit sicheren IKT-Netzinfrastruktur und die Festlegung interoperabler Schnittstellen für die elektronische Kommunikation innerhalb und mit der öffentlichen Verwaltung gewährleistet werden.

Der Bund konzentriert sich zudem auf die Einführung des elektronischen Geschäftsverkehrs zwischen Unternehmen und Verwaltung und realisiert diesen in enger Zusammenarbeit mit Wirtschaft, Ländern und Kommunen. Bis 2012 werden papierbasierte Behördenkontakte zwischen Unternehmen und Behörden weitgehend abgelöst sein. Das Ziel ist dabei, vollständig elektronische Abläufe zu etablieren: von der Vorlage elektronischer Dokumente über die interne Bearbeitung bis hin zur Zustellung elektronischer Bescheide. Nutzer- und kundenfreundliche Schnittstellen sind für Unternehmen von hoher Standortrelevanz. Um dieses Ziel zu erreichen, haben sich die Bundesregierung und die Wirtschaft darauf verständigt, die im Rahmen von *E-Government 2.0* und *Deutschland-Online* vereinbarten Projekte gemeinsam weiter zu beschleunigen. So wird das Projekt „*Deutschland-Online Kfz-Wesen*“ das Ziel der Online-Kfz-Zulassung mit allen beteiligten Stellen bis 2010 in Pilotregionen umsetzen und danach flächendeckend verfolgen. Das Projekt „*Bundesmelderegister*“ soll als Querschnitts-Datenbasis der Verwaltung auch die E-Government-Anwendungen unterstützen. Die durch die Umsetzung der *EU-Dienstleistungsrichtlinie* entstehende Chance auf ein konsequentes *One-Stop-Government* bis 2010 wird von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam umgesetzt. Zugleich werden hiermit neue Technologien in Deutschland gefördert.

Die *einheitliche Behördenrufnummer 115* wird den Bürgern erhebliche Erleichterungen im Umgang mit Behörden bringen. Auf Grundlage der vom ISPRAT erstellten 115-Studie haben der Bund und das Land Hessen ein Umsetzungskonzept entwickelt, das nun unter maßgeblicher Beteiligung ausgewählter Modellregionen

verfeinert wird. Die einheitliche Behördenrufnummer bietet die Chance, einen starken Impuls für einen Wandel der Servicekultur in der öffentlichen Verwaltung zu geben. Mit einer einzigen, leicht merkbaren Rufnummer wird ein direkter Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen angeboten – unabhängig von den unterschiedlichen Verwaltungsebenen und Zuständigkeiten. Das Projekt steht beispielhaft für eine partnerschaftliche ebenenübergreifende Zusammenarbeit in unserem föderalen Staat, der den Dienst am Bürger stärker in den Mittelpunkt rückt.

Zudem sollen auch die Potentiale von e-Justice noch stärker als bisher genutzt werden. Die *Vernetzung der Justizregister* – auch über die Grenzen in Europa hinweg – stellt eine wichtige Informationsquelle für die Wirtschaft dar. Die Bundesregierung wird zusammen mit den Ländern die Registervernetzung weiter vorantreiben und insbesondere auf der Ebene der Europäischen Union für eine Nutzung der in Deutschland oder in Pilotprojekten unter deutscher Beteiligung entwickelten Lösungen eintreten.

DIE FACHKRÄFTEBASIS EINER INNOVATIVEN HIGHTECH-WIRTSCHAFT STÄRKEN

Qualifizierte Beschäftigte sind die wichtigste Ressource des Hightech-Standortes Deutschland. Der Bedarf an IKT-Fachkräften ist signifikant gestiegen – rund ein Drittel der Unternehmen der IKT-Branche können freie Stellen nicht besetzen. Klar ist: Nur wer heute in IKT-Nachwuchs und Fachkräfte investiert, wird mittelfristig die Chance haben, Investitionen anzuziehen und hochqualifizierte Arbeitnehmer in Deutschland zu halten. Die besten Köpfe müssen Deutschland als attraktiven Arbeitsplatz sehen. Hierfür werden wir offensiv im internationalen Standortwettbewerb werben.

Damit Deutschland insgesamt zu einer neuen Bildungsoffensive aufbricht, ist es wichtig, dass Bund, Länder, Kommunen und Unternehmen ihre Anstrengungen verstärken und das gesamte Bildungssystem in den Blick nehmen. Mit der *Qualifizierungsinitiative für Deutschland*, die noch in diesem Jahr starten soll, will die Bundesregierung einen Beitrag leisten, den Fachkräftenachwuchs zu sichern. In dieser Qualifizierungsinitiative werden Maßnahmen enthalten sein, die einen der Schwerpunkte bei der Förderung von Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) auf allen Stufen des Bildungssystems haben.

Auch die Wirtschaft wird ihr Engagement erhöhen: zum Beispiel durch stärkeres persönliches Engagement der „CEOs in den Schulen“ und die Initiative „Software für Schulen“, mit der Schulen Software und Lernprogramme über Webangebote zur Verfügung gestellt werden. Die Wissenschaft ist gefordert, in Forschung und Lehre an den Universitäten den Praxisbezug noch stärker in den Studiengängen zu verankern. Zeitbudgets für Praktika in Unternehmen sollten für die Studiengänge eingeplant werden.

Weitere wichtige Handlungsfelder der Qualifizierungsinitiative sind die Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Zweigen des Bildungssystems und die Erhöhung des Anteils der Studierenden. Die Bundesregierung will mit dem Freiwilligen Technischen Jahr die Studierbereitschaft für technische und naturwissenschaftliche Studiengänge steigern. Die IT-Branche wird sich daran beteiligen und Plätze für interessierte Jugendliche bereitstellen.

Beispiele für weitere konkrete Maßnahmen sind:

- *Qualifizierte Fachkräfte motivieren und fördern:* Mit Unterstützung von Wirtschaft und Gewerkschaften wird eine IKT-Initiative im Bereich des Übergangs von Schule und Beruf, der Berufsvorbereitung sowie der Ausbildung vorbereitet. Ziel der Initiative ist es, die berufsbezogene Medienkompetenz bei Jugendlichen, Ausbildern und berufspädagogischem Personal zu stärken. Dabei geht es insbesondere um die konzeptionelle und praktische Weiterentwicklung der IKT-Qualifizierung für Ausbilder und Lehrkräfte in den verschiedenen Bereichen.
- *Ältere Arbeitnehmer qualifizieren:* Angesichts der demographischen Entwicklung wird es immer wichtiger, auch ältere Arbeitnehmer fortzubilden. Mit der öffentlich geförderten Initiative „IT 50plus“ engagieren sich die Sozialpartner in Weiterbildungsmaßnahmen, um das Potential älterer Beschäftigter länger und besser nutzen zu können.
- *Frauen verstärkt für IT-Studiengänge und -Berufe gewinnen:* Junge Frauen müssen frühzeitig erkennen, welche beruflichen Chancen ihnen die IKT-Berufe bieten. Im Rahmen der Qualifizierungsinitiative für Deutschland soll ein nationaler Pakt für Frauen in MINT-Berufen ab 2008 entsprechende Maßnahmen bündeln, weiterführen und neu beginnen.

Neben einer breiten Qualifizierung müssen wir aber auch die Debatte über eine Öffnung des Arbeitsmarktes für ausländische hochqualifizierte Arbeitnehmer auf der Grundlage der Beschlüsse von Meseberg fortführen. Um aktuelle Engpässe bei Ingenieurberufen, insbesondere in den besonders nachgefragten Fachrichtungen (zum Beispiel Elektrotechnikingenieure) auszugleichen, verzichtet die Bundesagentur für Arbeit seit dem 16. Oktober 2007 für Bewerber solcher Fachrichtungen aus den zehn neuen EU-

Mitgliedstaaten, für die noch Übergangsregelungen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit gelten, auf die individuelle Vorrangprüfung. Für ausländische Absolventen deutscher Hochschulen entfällt die individuelle Vorrangprüfung ebenfalls für die Aufnahme ihrer Ausbildung entsprechender Tätigkeiten.

Die Bundesregierung wird einen Vorschlag für ein systematisches Monitoring zur Ermittlung des Fachkräftebedarfs erarbeiten. Darüber hinaus werden wir ein Konzept für eine arbeitsmarktdäquate Steuerung der Zuwanderung hochqualifizierter Fachkräfte entwickeln, das den Interessen Deutschlands auch in der nächsten Dekade Rechnung trägt.

DAS VERTRAUEN IN EINE SICHERE UND VERBRAUCHER-FREUNDLICHE IKT STÄRKEN

Sicherheit und Vertrauen der Bürger in IKT-Technologien sind entscheidend für die Verbreitung moderner IKT-Technologien und -Anwendungen. Bürger, aber auch Unternehmen sind auf die Sicherheit ihrer Daten und ihrer Aktivitäten im Netz angewiesen. Dies gilt im Besonderen auch für kleinere und mittlere Unternehmen.

Die IKT-Wirtschaft und die Politik tragen eine gemeinsame Verantwortung, zwischen Chancen und Risiken abzuwägen und zugleich innovationsfördernde und verbraucherorientierte Lösungen zu finden. *Elektronische Identitäten* sind der Schlüssel zur Teilnahme an der digitalen Welt. Die sichere und verlässliche elektronische Identifikation der Teilnehmer im Netz ist ein entscheidender Beitrag für eine nachhaltige Wertschöpfung. Die Möglichkeiten pseudonymer Nutzung, die Gewährleistung von Datensparsamkeit und -sicherheit und der Schutz vor Identitätsdiebstahl und Profilbildung sind wichtige Grundpfeiler. Auch das Internet bleibt vor Kriminalität – mittlerweile insbesondere durch organisierte Kriminalitätsformen – nicht gefeit. Den Gefahren muss mit geeigneten Mechanismen begegnet werden. Zugleich entsteht damit ein attraktiver und stark wachsender Markt für deutsche Hersteller von Sicherheitstechnologien, die auf eine erfolgreiche Forschung aufbauen können. Deutschland hat die Chance auf eine globale Vorreiterrolle in der Entwicklung zukunftsweisender Sicherheitstechnologien.

Im Bereich der elektronischen Identitäten sind die im Bundesministerium des Innern entwickelten Projekte „*elektronischer Personalausweis*“ und „*Bürgerportale*“ wichtige

Leitbeispiele. Der elektronische Personalausweis wird es ermöglichen, sich künftig auch bei Online-Aktivitäten zuverlässig auszuweisen. Die Bürgerportale werden die Kommunikation im Internet in dreifacher Hinsicht sicherer und bequemer gestalten, indem sie den sicheren E-Mail-Versand mit authentischen E-Mail-Adressen, die einfache Identifizierung im Internet und die langfristige Ablage elektronischer Dokumente in Dokumentensafes ermöglichen. Gleichzeitig schaffen diese Technologien die Voraussetzungen für innovative Dienstleistungen, die den IT-Standort Deutschland weiter voranbringen werden.

Bundesregierung und Wirtschaft haben auf dem Gipfel die Absicht bekräftigt, bei diesen beiden Projekten eng zusammenzuarbeiten. Den Auftakt bildet die Gründung einer Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Pilotprojekts für Bürgerportale. Auch für den elektronischen Personalausweis soll eine enge Koordinierung zwischen Staat und Wirtschaft eine erfolgreiche Verwirklichung sicherstellen.

Weitere Elemente eines sicheren und verbraucherfreundlichen Internets haben wir erarbeitet:

- Der beim ersten IT-Gipfel auf den Weg gebrachte Verein „*Deutschland sicher im Netz*“ arbeitet seit einigen Monaten. Der Verein hat ein umfangreiches Handlungsprogramm mit Schwerpunkt auf Aufklärung und Sensibilisierung privater wie gewerblicher Nutzer definiert und mit der Umsetzung eines konkreten Maßnahmenpaketes begonnen, um an der Realisierung einer Spitzenposition Deutschlands in der digitalen Welt mitzuwirken.
- Bundesregierung und Wirtschaft haben mit der Initiative „Ein Netz für Kinder“ ein Angebot mit einer Positivliste von Webseiten sowie von technischen Systemen geschaffen, das es Eltern und Lehrern ermöglicht, eine altersgerechte Nutzung des Internets durch ihre Kinder sicherzustellen.
- Zu einer verbraucherfreundlichen IKT gehört auch eine gute Kundenbetreuung. Hierzu haben die Teilnehmer des IT-Gipfels einen „Leitfaden für eine verbraucherfreundliche Kundenbetreuung“ entwickelt. Der Leitfaden bietet konkrete Vorschläge, die gemeinsam von Verbraucherschützern, Unternehmen, unabhängigen Gruppen und der Bundesregierung erarbeitet wurden. Mit ausführlichen Konzepten zur Benutzerfreundlichkeit von Endgeräten und zu möglichen Services im Internet ergibt sich hieraus ein umfangreiches Werk zum Verhältnis von Service und Verbraucher.

DEN GEMEINSAMEN DIALOG FORTSETZEN

Der zweite nationale IT-Gipfel ist ein wichtiger Meilenstein. Bund und Länder, Wirtschaft und Wissenschaft werden Dialog und Zusammenarbeit in 2008 auf der Grundlage des Aktionsprogramms „iD2010 - Informationsgesellschaft Deutschland 2010“ und der Hightech-Strategie der Bundesregierung weiter vorantreiben. Dabei werden wir die Kräfte stärker als bisher bündeln. Im Mittelpunkt des Jahres 2008 werden die Schwerpunkte dieser Erklärung stehen: Der Fokus auf die wirtschaftlichen Wachstumsthemen Internet, Umwelt und Gesundheit, die Schaffung der Voraussetzungen für einen modernen Staat, die Umsetzung der Maßnahmen zur Sicherung von Nachwuchs und Fachkräften sowie die Stärkung von Sicherheit und Vertrauen in IT und Internet.